



Sarah Ryglewski

Mitglied des Deutschen Bundestages
Stellvertretende Landesvorsitzende der SPD Bremen

Gesetzentwurf zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzen geht in erster Lesung in den Deutschen Bundestag

Der Bundestag hat sich am Donnerstag 16. Februar in erster Lesung mit der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen befasst. Vorausgegangen waren jahrelange Verhandlungen zwischen den Ländern und der Bundesregierung, Das Bundeskabinett hatte das Gesetzespaket bereits im Dezember gebilligt. Für den Finanzpakt sind etliche Grundgesetzänderungen nötig.

Dazu erklärt die Bremer SPD-Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski, Mitglied des Finanzausschusses:

„Wir werden die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen in den nächsten Wochen gründlich im Bundestag beraten. Dabei sollten wir jedoch keine Zeit verlieren, die Handlungsfähigkeit von Ländern und Kommunen zu sichern, die angesichts der Schuldenbremse akut gefährdet ist. Mit der Reform wird der Ausgleich zwischen den Ländern eine geringere Rolle spielen als früher.

Das darf nicht zur Folge haben, dass die reichen Regionen noch reicher werden und die armen zurückfallen. Deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns dafür ein, dass die regionale Strukturpolitik modernisiert wird und nicht länger nach Himmelsrichtungen gefördert wird. Dem Auseinanderdriften der Regionen entgegenzuwirken ist und bleibt eine Frage der Gerechtigkeit.

Dafür sorgen wir auch durch das Aufweichen des Kooperationsverbots, womit wir künftig Investitionen des Bundes in Schulen ermöglichen. Angesichts eines Investitionsstaus von 34 Milliarden Euro ist das eine gute Nachricht für die deutsche Bildungslandschaft. Die Kinder und Jugendlichen, die am meisten durch Armut gefährdet sind, schützen wir durch die Ausweitung des Unterhaltsvorschuss für Alleinerziehende.

Bei der geplanten Gründung einer Bundesfernstraßengesellschaft ist klar: Diese muss fest in öffentlicher Hand bleiben. Eine Privatisierung der Autobahnen durch die Hintertür wird es mit der SPD nicht geben.“